

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/24a

15. Dezember 1976

Nach dem Willen des Wählers

Zur Wiederwahl Helmut Schmidts zum Bundeskanzler

Seite 1 / 35 Zeilen

Der Süden ist für uns nicht verloren

Die Gebiete südlich des Mains sind keine Erbhöfe der Rechten

Von Dr. Erhard Eppler MdL  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württemberg und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 2 und 3 / 65 Zeilen

Streußer befiehlt: Kreuth gilt!

Das üble "Einigungs"-Spiel der "Unions"-Parteien

Seite 3a / 31 Zeilen

Voraussetzung für den ersten Rüstungsreduzierungs-schritt

Aber die Opposition erfaßt die Entspannungszusammenhänge nicht

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Seite 4 und 5 / 46 Zeilen

Beispiel Kommunalpolitik in Bruchsal

Oder wie die CDU die Freiheit des einzelnen schützt

Von Bernhard Faller  
SPD-Stadtrat in Bruchsal

Seite 6 und 7 / 45 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausadresse 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 7, Zimmer 2-7-224  
Telefon: 21 00 08-39  
Telex: 03 65 046-48 ppbr d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Nach dem Willen des Wählers  
-----

Zur Wiederwahl Helmut Schmidts zum Bundeskanzler

Nach dem Willen der Mehrheit der Bürger unseres Staates hat der Bundestag am Mittwoch den Sozialdemokraten Helmut Schmidt für weitere vier Jahre im Amt des Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland bestätigt. Maßnahmen, persönlicher Ärger und Verdruß des einen oder anderen Abgeordneten im sozialliberalen Lager könnten über eine "Aktion Dankzettel" die Wiederwahl Helmut Schmidts gefährden, haben sich als die üblichen Spekulationen vor wichtigen Abstimmungen im Parlament erwiesen.

Der Bundeskanzler der sozialliberalen Koalition kann also mit einer effizienten Mannschaft weiterregieren. Leicht wird indessen das Geschäft nicht, die hochentwickelte und hochsensible Wirtschaftsmacht Bundesrepublik in die achtziger Jahre zu führen. Die Modernisierung der Volkswirtschaft, Erhaltung und Ausbau des Netzes der sozialen Absicherung, die Funktion im westlichen Bündnis, in der europäischen Integration und in der Koexistenz mit dem Osten stellen höchste Anforderungen an Potenz und Geschlossenheit der Regierungskoalition.

Die Mehrheit, auf die sich SPD und FDP im Parlament stützen, ist nicht eben komfortabel, aber sie gewährleistet doch die volle Handlungsfähigkeit. Eine Alternative dazu gibt es im Übrigen nicht. Eine konservative, um nicht zu sagen rückwärtsorientierte Regierungskonstellation wäre angesichts der innen- und außenpolitischen Problematiken der nächsten Jahre an sich schon für die Bundesrepublik wie für ihre Nachbarn nicht ohne Risiken. Der gegenwärtige Zustand der bundesdeutschen Opposition würde indessen ein solches Unternehmen zum Abenteuer werden lassen.

In der Welt wie auch in unserem Staat liegen die Dinge zur Zeit nicht so, daß visionärer Aufbruch zu neuen Horizonten geboten wäre. Die Aufgaben, die sich stellen, sind klar umrissen und quantifizierbar. Phantasielosigkeit und Verharren in verkrusteten Strukturen können freilich keine Lösungen erbringen. Ohne langfristige Zielsetzung wäre auch noch so viel Aktivität nur wenig wert.

Auch hier zeigt sich die Notwendigkeit des sozialliberalen Bündnisses. Nur seine Kräfte können die Komponenten garantieren, die einen erfolgreichen politischen Kurs in dieser Zeit bestimmen müssen: Solidarität und Liberalität. Bundeskanzler Helmut Schmidt ist wiedergewählt. Er kann das Votum des Wählers realisieren. Für die Bundesrepublik war der 15. Dezember 1976 ein guter Tag.

Claus Preller  
(-/15.12.1976/va/pr)

+ + +

Der Süden ist für uns nicht verloren

Die Gebiete südlich des Mains sind keine Erbhöfe der Rechten

Von Dr. Erhard Eppler MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württembergs  
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Wenige Tage vor der Bundestagswahl hat der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Hans Karl Filbinger in einer Annonce angekündigt, daß nun der Süden Deutschlands für die Ablösung derer sorgen werde, die da statt der Freiheit, die er meint, den Sozialismus wollten, den er verneint. Er hätte sogar recht gehabt, wenn der bayerische Trend sich auch in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg durchgesetzt hätte. Aber eben dies geschah nicht. Vergleicht man die Bundestagswahlergebnisse 1976 mit denen von 1972, so ergeben sich keineswegs die größten Verschiebungen im Süden.

Richtig ist, daß die SPD in absoluten Ziffern seit vielen Jahren, meist sogar seit der Weimarer Republik oder gar seit dem Kaiserreich, im deutschen Süden schwächer ist, daß die CDU und noch mehr die CSU es verstanden haben, bei vielen Leuten den Eindruck zu erwecken, als sei die CSU Bayern und die CDU Filbingers Baden-Württemberg. Dabei haben manche Sozialdemokraten, ohne zu wissen, was sie tun, dieses Spiel munter mitgespielt, indem sie Strauß mit Bayern und Filbinger mit Schwaben gleichgesetzt haben. Manche tun dies auch heute noch. Und so entsteht bei manchen Bürgern der Eindruck, als sei die SPD im Süden eine Art mißratener Exilorganisation von roten Nordlichtern, die auf unergründliche Weise aus dem Ruhrpott oder aus Hamburg nach Augsburg oder Freiburg verschlagen wurden.

Wer uns helfen will, muß zuerst mit einem Gerede aufhören, das nur der Rechten hilft, sich mit den Ländern des Südens zu identifizieren. Ich kann nicht für andere Landesverbände sprechen. Aber in Baden und Württemberg sehe ich keine Spur von Resignation. Weder im Landtagswahlkampf noch danach, im Bundestagswahlkampf und noch weniger heute. Worauf es in den nächsten zwei Jahren vor allem ankommt, ist, daß wir das eigene Profil der Partei im Südwesten sichtbar machen. Gerade im Süden unseres Bundeslandes haben die Sozialdemokraten in einer feindseligen und oft auch fanatisierten Umwelt mit

einem Maß an Zivilcourage gekämpft, die ein SPD-Mitglied in Dortmund glücklicherweise nicht aufzubringen braucht. Und nach der Wahl - und das ist fest ein kleines Wunder - sehe ich keine Anzeichen von Ermüdung.

Sicher, wir Sozialdemokraten in Baden-Württemberg wissen, daß es noch viele schwache Stellen gibt: Die Organisationsdicke ist dürrig, der weitere Ausbau der hauptamtlichen Struktur dringend und wünschenswert. Wenn durch einen Lastenausgleich der Gesamtpartei möglich wird, in jedem Bundestagswahlkreis einen hauptamtlichen Geschäftsführer einzusetzen, dann wird dies auch die Zahl der Mitglieder steigern. Erfreulich ist, daß allein in den letzten drei Monaten über 3.000 neue Mitglieder zu uns gestoßen sind. Landtagsfraktion und Landesverband werden sich in den nächsten Jahren konsequent auf politische Schwerpunkte konzentrieren. Das Thema "Recht auf Arbeit", das in etwa zehn Anhörungen mit Verbänden und Sachverständigen aufbereitet werden soll, wird über ein ganzes Jahr hinweg Landesverband und Landtagsfraktion beschäftigen und im Herbst nächsten Jahres in eine zweite Fachkonferenz zum Thema "Arbeitsplätze" münden.

Das zweite Schwerpunktthema ließe sich umschreiben mit dem Motto: "Solidarisches Haushalten mit natürlichen und menschlichen Ressourcen". Wir beginnen mit einer Aktion "Haushalten mit Energie". Sie wird im Frühjahr '77 anlaufen. Mit einem zweiten Element, das bis jetzt unter dem Arbeitstitel "Unser Land und seine Sozialdemokraten" vorbereitet wird, wollen wir der Partei und insbesondere der Öffentlichkeit im Lande vor Augen führen, daß die SPD keine landesfremde Filiale einer Firma mit Sitz in Nordrhein-Westfalen, sondern eine seit den Ursprüngen der Sozialdemokratie im Lande verwurzelte Organisation ist. Wir starten deshalb eine Schriftenreihe, in der wir Personen und Ereignisse der Sozialdemokratie in Baden und Württemberg würdigen.

Das 25jährige Jubiläum dieses Landesverbandes am 6. März 1977 werden wir zum Anlaß nehmen, von qualifizierten Fachleuten eine Geschichte der SPD in Baden und Württemberg schreiben zu lassen. Ortsvereine und Kreisverbände werden anläßlich ihrer Jubiläen die lokalen Archive durchforsten und ihre Geschichte von Ort zusammen mit einer Wanderausstellung des Landesverbandes dokumentieren. Daß auch in der Landtagsfraktion keine Spur von Resignation zu entdecken ist, hat sich schon ziemlich weit herumgesprochen. Die Fraktion arbeitet hart, debattiert mit einer klaren Linie und gelegentlich auch so, daß Filbinger und seine Mannen ihr letztes Argument ausspielen müssen: Schließlich hätten sie die Landtagswahl gewonnen und also im Lande das Sagen.

Aber langsam wird im Lande klar, was die Herrschaft einer selbster-nannten Staatspartei auf die Dauer bedeutet. Auch darin liegt unsere Chance.  
(-/15.12.1976/va/pr)

+ + +

Strauß befiehlt: Kreuth gilt !  
-----

### Das üble "Einigungs"-Spiel der "Unions"-Parteien

Das Rätselraten ist beendet, bevor es richtig begonnen hat: Die angebliche Friedensfindung in letzter Minute, die in einem handstreichartigen Einigungs-Vorgang zur Nominierung und dann auch zur Wahl des bisherigen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Karl Carstens als Kandidat der angeblich stärksten Fraktion zum Bundestagspräsidenten geführt hat, ist ein Scheuerschauspiel übelster Sorte gewesen. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ließ noch während des Wahlvorganges durch sein Zentralorgan "Bayernkurier" urbi et orbi verkünden, daß der Fraktionstrennungs-Beschluß von Wildbad Kreuth nach wie vor unverändert gelte, wenn er auch durch die Bonner Vereinbarungen "Überlagert" worden sei.

Das Bonner Parlament und die deutsche Bevölkerung sehen sich also unversehens als dupierte Dummköpfe, die dem bayerischen CSU-Boss auf den Leim gegangen sind und gutgläubig ein Spiel mitgespielt haben, das nur dazu angelegt worden war, um im Dienste von Strauß und der CSU alle anderen Bundesbürger zu täuschen und hinteres Licht zu führen. Die jetzt vom "Bayernkurier" im Auftrage von Strauß kaltblütig verkündete Wahrheit ist nämlich die, daß der CSU-Vorsitzende unverändert auf seiner von ihm in Kreuth usurpierten Position steht und - Einigungspapier hin - Einigungspapier her - für sich in Anspruch nimmt, der allein maßgebende Spitzenmann der sogenannten "Union" zu sein. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Kohl ist ebenso eine Spielfigur in der Hand von Strauß wie der Bundestagspräsident Prof. Dr. Karl Carstens. Und wer gegen diesen Strauß-Stachel des "neuen richtungweisenden Stils" ("Bayernkurier") von Kreuth verstößt, der wird erbarmungslos niedergebügelt.

Das erste Opfer ist der niedersächsische CDU-Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, dem das Strauß-Blatt die Polenreise wie Topflappen um die Ohren schlägt, weil sie nicht in die vom CSU-Chef festgelegte Politpraxis paßt. Die CDU weiß also von jetzt an ganz genau, wie sie sich zu verhalten hat, um dem sog. "Einigungspapier", hinter dem ständig die Faust von Kreuth droht, im Sinne von Strauß zu entsprechen und zu parlieren. Das deutsche Volk weiß ebenfalls Bescheid.

Erhard Eckert  
(-/15.12.1976/va/ee)

+ + +

Voraussetzung für den ersten Rüstungsreduzierungsschritt

Aber die Opposition erfaßt die Entspannungszusammenhänge nicht

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für  
Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die Opposition ist offensichtlich nach wie vor nicht in der Lage, die politischen Zusammenhänge der Entspannungspolitik zu erfassen. Das jüngste Dokument dieses Unvermögens, von dem CDU-MdB Alois Mertes im Pressedienst seiner Fraktion veröffentlicht, ignoriert alle in Wien erreichten Fortschritte. Es verkennt die Bereiche, in denen eine konvergente Bewegung der Positionen von NATO und Warschauer Pakt stattgefunden hat, und verharrt in der starren Position, die die Opposition seit Beginn der sozial-liberalen Entspannungspolitik einnimmt. Diese von Mertes aufgezeigte Position machen es CDU und CSU unmöglich, einen konstruktiven Beitrag zu der von allen NATO-Partnern getragenen MBFR-Politik zu leisten. Es ist die Fortsetzung der Politik, die der verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Dr. Wörner, offenlegte, als er Anfang dieses Jahres die III. Option ablehnte: einen MBFR-Vorschlag der NATO, den alle Bündnispartner einstimmig als mit der Sicherheitspolitik vereinbar und für die Entspannungspolitik nützlich befürwortet haben.

Zur derzeitigen Politik gehört auch das Bestreben, die Wiener Verhandlungen von der technokratischen auf eine politische Ebene anzuheben. Dabei bieten sich die von Willy Brandt angesprochenen Schritte an, "nämlich: mit einer ersten, wenn auch nur symbolischen Verringerung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte innerhalb des in Wien abgesteckten geographischen Rahmens und daran anschließend mit einer ersten, wenn auch verständlicherweise bescheidenen Begrenzung nationaler Streitkräfte im gleichen Rahmen." Der Versuch, dem SPD-Vorsitzenden aufgrund dieser

Vorschläge eine pro-sowjetische Politik vorzuwerfen und ihn als "ein leidhaftiges Sicherheitsrisiko für die NATO" zu bezeichnen, wie das der CDU-Abg. Mertes getan hat, ist eine Diffamierung, die ich auf das entschiedendste zurückweise.

Bei den Wiener Verhandlungen ist dreierlei feststellbar: Beide Seiten haben deutlich ihr Interesse an einer Fortsetzung der Gespräche bekundet. Beide Seiten sehen die Grenzen der Verhandlungsmöglichkeiten der jeweils anderen Seite heute deutlicher als 1973, zu Beginn der Wiener MBFR-Gespräche; und beide Seiten haben sich aufeinander zubewegt.

Auf der Basis des bisher erreichten, insbesondere aufgrund der am 10. Juni d.J. von den Ostmächten vorgelegten Zahlen über deren Truppenstärke und der bekundeten Bereitschaft, über diese Zahlen zu diskutieren, ist die wichtigste Voraussetzung für einen ersten Reduzierungsschritt geschaffen. Eine erste, begrenzte Reduktion erscheint jetzt möglich. Sie schafft kein Sicherheitsrisiko, kann aber ein wesentliches Element im Entspannungsprozeß bedeuten. Ein solches Abkommen würde dazu beitragen, daß die Entspannungspolitik nicht nur zur Vertrauensbildung, sondern auch zur tatsächlichen Verringerung von Streitkräften führt. Damit würde man dem Ziel näher gekommen sein, eine Konzeption zu verwirklichen, die den Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in zunehmendem Maße unmöglich macht.

(-/15.12.1976/vo/pr)

+ + +

Beispiel Kommunalpolitik in Bruchsal  
-----

Oder wie die CDU die Freiheit des Einzelnen schützt

Von Bernhard Faller  
SPD-Stadtrat in Bruchsal

Das große Getöse, das die CDU um den Begriff "Freiheit" veranstaltet, erinnert an ein Zitat von Goethe: "Freiheit ist das Lösungswort der Despotie selbst, wenn sie ihre unterjochte Masse gegen den Feind anführt...". Wer glaubt, daß dies Übertrieben sei, der möge sich nun einmal die Kommunalpolitik in Bruchsal ansehen.

Hauptakteur ist der CDU-Oberbürgermeister Dr. Bieringer. Er wird tatkräftig unterstützt von der CDU-Fraktion und CDU-Statistiken der Verwaltung. In einer Stadtratsitzung hatte die SPD-Fraktion u.a. einen Antrag eingebracht, einen Jugend- und Altenplan aufzustellen, der die Bestandsaufnahme der Arbeit aller beteiligten Gruppen und der Verwaltung selbst beinhalten sollte und daraus Maßnahmen abzuleiten hatte, um Lücken zu schließen.

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, sollte man annehmen, wobei man sich höchstens wundern könnte, warum dies nicht schon längst geschehen ist. Weit gefehlt: Der Oberbürgermeister hielt eine längere grundsätzliche Betrachtung über Pläne, "die ohnehin veralten". Kurzum, mit der Planung sei es nichts.

Einen Schritt weiter ging der Sprecher der CDU-Fraktion, der sogar in der Forderung nach diesem Plan einen hinterhältigen Anschlag auf die Freiheit der Verbände und damit gegen jeden Einzelnen sah.

Sogar 1933 wurde beschworen, vermutlich, weil viele CDU-Politiker an diese Zeit besonders intensive Erinnerungen aus eigenem Mitleid haben.

Fazit: Nach Ansicht der CDU ist jeder, der Pläne fordert, ein Feind der Freiheit. So einfach ist das.

Unerklärlich bleibt, warum die CDU-Fraktion im Landtag immer noch die Landesregierung Pläne schmieden läßt. Wer weiß, vielleicht sind die Abgeordneten dort auch schon infiltriert, wo doch der Feind überall steht. Wie dies mit der Freiheit so aussieht, dafür gibt es in Bruchsal schöne Beispiele:

- Das "Haus der Begegnung" - konfessionell gebundener Ersatz für ein nicht existierendes Jugendhaus, jährlich mit 55.000 DM von der Stadt bezuschußt - hat den wohl einmaligen Passus, daß dort nur solche politischen Jugendverbände tätig werden dürfen, deren Mutterpartei im Bundestag vertreten ist.

- Auf die Initiative einzelner, der SPD nahestehender Personen, eine Altentagesstätte in einer der Stadt gehörenden Wohnung zu errichten, reagierte die Verwaltung erst überhaupt nicht und dann ablehnend.

- Die Initiativgruppe Jugendzentrum darf die städtische Turnhalle der Albert-Schweitzer-Schule plötzlich nicht mehr für Veranstaltungen benutzen. So sollen Unbequeme mundtot gemacht werden, nachdem diese Gruppe durch ihre Arbeit in der Öffentlichkeit einigen Erfolg hatte .

- Durch manipulierte Aussagen wurde die SPD-Initiative, eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung vorzunehmen, abgeblockt.

Dies alles zeigt, welche Art Freiheit uns alle erwartete, wenn die CDU das Sagen hätte.  
(-/15.12.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller